

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Canan Bayram (Bündnis 90/Die Grünen)

vom 27. September 2011 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. September 2011) und **Antwort**

Flughafenverfahren und Planungen für eine Haftanstalt BBI-4

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Übrigen wird auf die §§ 63 ff. Aufenthaltsgesetz verwiesen.

Frage 1: Wer trägt die Kosten

- a) für die Errichtung der Haftanstalt
- b) für den Betrieb der Haftanstalt als solche (Gebäude, Einrichtung, Heiz- und Betriebskosten)
- c) für Kommunikationsmittel für die Schutzsuchenden
- d) für Versorgung der Schutzsuchenden mit Essen, Kleidung, Hygienebedarf, Taschengeld etc.
- e) für medizinische Versorgung der Schutzsuchenden
- f) für die soziale und psychologische Betreuung der Schutzsuchenden und ihrer Kinder
- g) für die Bewachung der Haftanstalt?

Frage 2: Mit welchen Kosten wird zu a) einmalig und zu b) bis g) pro Jahr gerechnet, und aus welchem Haushaltstitel werden die Kosten ggf. getragen?

Frage 3: Werden die Kosten angesichts der zu erwartenden geringen Fallzahlen als verhältnismäßig angesehen?

Frage 4: Wie soll die rechtliche Beratung, Betreuung und Vertretung der inhaftierten Schutzsuchenden erfolgen und wie soll diese vergütet werden?

Frage 5: In welcher Form haben die folgenden Personengruppen Zugang zu den Betroffenen

- a) Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen
- b) unabhängige Berater und Beraterinnen
- c) Verwandte und Freunde sowie Freundinnen
- d) andere Unterstützerinnen und Unterstützer sowie Menschenrechtsorganisationen
- e) Dolmetscherinnen und Dolmetscher
- f) Presse

Antwort zu Fragen 1, 2, 3, 4, 5: Die Fragen betreffen nicht den Zuständigkeitsbereich des Landes Berlin. Im

Frage 6: Welche Auswirkungen haben aus Sicht des Senats europäische und internationale Rechtsvorschriften, insbesondere die Aufnahmerichtlinie (RL 2003/9/EG) und die UN-Kinderrechtskonvention auf die Durchführung des Flughafenverfahrens?

Antwort zu Frage 6: Entsprechend der Antwort der Brandenburgischen Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nonnemacher vom 30.08.2011 ist davon auszugehen, dass unter Berücksichtigung des Umstands, dass während der Unterbringung im Transitbereich die Bewegungsfreiheit eingeschränkt und der Aufenthalt in der Regel auf wenige Tage beschränkt ist, alle gesetzlich verankerten Rechte gewährt werden. Dies gilt auch für unbegleitete minderjährige Asylbewerberinnen und -bewerber.

Frage 7: Wie beurteilt der Senat die fiktiven Chancen des als Herbert Frahm geborenen Willy Brandt auf politisches Asyl, der sich zu seinem Schutz den Decknamen Willy Brandt zulegte, in einem Flughafenasylverfahren nach den Bestimmungen des 18 a AsylVfG?

Antwort zu Frage 7: Fiktive Sachverhalte können im Rahmen einer Kleinen Anfrage grundsätzlich nicht beantwortet werden.

Berlin, den 24. Oktober 2011

Klaus Wowereit
Regierender Bürgermeister

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Nov. 2011)